

# Ukrainische Grenztruppen fassen Tausende Kriegsdienstverweigerer

Stand: 12:58 Uhr | Lesedauer: 21 Minuten

Seit Beginn des Krieges sollen knapp 12.000 Ukrainer versucht haben, sich dem Wehrdienst zu entziehen und ins Ausland zu fliehen. Einige von ihnen sollen bei den Grenzüberquerungen gestorben sein. Mehr im Liveticker.

S seit Ausbruch des russischen Angriffskriegs und seit Ausrufung des Kriegszustands in der Ukraine haben mehrere Tausend junge Ukrainer versucht, sich dem Wehrdienst zu entziehen. Wie die ukrainischen Grenztruppen am Freitag mitteilten, wurden knapp 12.000 Männer bei dem Versuch gefasst, die Grenze illegal in Richtung westliches Ausland zu überqueren.

Bei der illegalen Grenzüberquerung seien auch 15 Männer ums Leben gekommen. Unter anderem erfroren den Angaben zufolge zwei Männer in den Karpaten auf dem Weg nach Rumänien.

Auch in Russland versuchten Tausende junge Männer, sich dem Wehrdienst zu entziehen. Unmittelbar nach der [Mobilmachung im September \(/politik/ausland/article241216107/Russland-Dramatische-Abschiedsszenen-nach-Putin-Befehl-zur-Teilmobilmachung.html\)](#) flohen Tausende ins Ausland, in einigen ehemaligen Sowjetrepubliken entstanden kleinere russische Kolonien.

## Alle Entwicklungen im Liveticker:

### 06:00 Uhr – 200.000 ukrainische Schüler - Lehrkräfte „am Limit“

Vertreter der Gymnasien fordern wegen der vielen aufgenommenen ukrainischen Schülerinnen und Schüler zusätzliche Unterstützung. Ressourcen müssten dringend schneller bereitgestellt werden, sagte der Vorsitzende der Bundesdirektorenkonferenz Gymnasien, Arnd Niedermöller, der Deutschen Presse-Agentur. „Wir können nicht

anderthalb Jahre warten, bis die neuen Schülerzahlen in der Statistik auftauchen und wir mehr Lehrkräfte einstellen können.“ Die Lehrkräfte stellten sich ihren Aufgaben mit voller Hingabe und seien am Limit, sagte Susanne Lin-Klitzing, die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands, der die Gymnasiallehrkräfte vertritt.

Beide Verbände haben gemeinsam Schulleitungen von mehr als 350 Gymnasien in acht Bundesländern befragt. Die Umfrage macht deutlich, dass viele Schulen angesichts der Lage mit knappen Ressourcen zu kämpfen haben.

## **23:02 Uhr – Ukraine meldet Einnahme von Ortschaft in Luhansk**

Die Ukraine hat nach eigener Darstellung in der Region Luhansk den kleinen Ort Nowoseliwske erobert. Dieser liegt etwa 20 Kilometer nordwestlich von Swatowe, ein wichtiges Ziel der Ukraine in der Region. Russland habe bei den Kämpfen Soldaten und Kriegsgerät verloren, erklärte die örtliche Verwaltung von Luhansk auf Telegram. „Einige der Besatzer wurden gefangengenommen.“ Ein Video soll gefangene russische Soldaten zeigen.

## **22:40 Uhr – Russlands Armee braucht ukrainischen Experten zufolge fünf bis zehn Jahre zum Wiederaufbau**

Die russische Armee hat angesichts ihrer Verluste in der Ukraine nach Meinung des ukrainischen Verteidigungsministers Olexij Resnikow ihre Schlagkraft auf Jahre hinaus verloren. Nach Resnikows Einschätzung werden die russischen Streitkräfte mindestens fünf Jahre für den Wiederaufbau brauchen. „Nach Erkenntnissen der Nato-Aufklärung haben die Russen gewaltige Verluste an Panzern, Artillerie, Schützenpanzern und Soldaten“, wurde Resnikow am Freitag von der „Ukrajinska Prawda“ zitiert.

„Die regulären Streitkräfte der Russischen Föderation könnten frühestens in fünf Jahren wiederhergestellt werden, vielleicht auch erst in zehn Jahren“, sagte der Minister. Das gleiche gelte auch für Russlands Raketen-Potenzial. Schließlich sei dies ein Krieg der Ressourcen. „Und sie (die Nato) kann diese Ressourcen berechnen.“

## **22:07 Uhr – In Ukraine eingesetzte russische Soldaten und**

## Beamte von Steuern befreit

In der Ukraine stationierte russische Soldaten und Beamte sind nach Kreml-Angaben künftig von der Einkommenssteuer befreit. Die Regelung betreffe „diejenigen, die in den (vier) Gebieten arbeiten“, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskov am Freitag vor Journalisten mit Blick auf die vier von Russland als annektiert beanspruchten ukrainischen Gebiete Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja. Er berief sich dabei auf eine Ausnahmeregelung in einem Anti-Korruptionsgesetz, die die Regierung am Donnerstag veröffentlichte.

Soldaten, Polizisten, Angehörige der Sicherheitsdienste und andere Staatsbedienstete, die in den vier Regionen Dienst leisten, müssen dem Erlass von Präsident Wladimir Putin zufolge keine Angaben mehr zu „ihrem Einkommen, ihren Ausgaben und ihrem Vermögen“ machen.

Das Dekret räumt ihnen zudem das Recht ein, „Belohnungen und Geschenke“ zu erhalten, wenn diese „humanitären Charakter“ haben und im Rahmen des Militäreinsatzes in der Ukraine empfangen werden. Die Maßnahme gilt auch für „Ehepartner und minderjährige Kinder“, und zwar rückwirkend ab dem 24. Februar – dem Beginn der Offensive in der Ukraine.

Die neue Bestimmung ist Teil der Anreize, mit denen der Kreml Russen dazu bringen will, in die Ukraine zu ziehen, um dort zu kämpfen: Versprochen werden hohe Prämien, Vergünstigungen bei Bank- und Immobiliengeschäften sowie finanzielle Unterstützung für Familien im Todesfall oder bei der Verletzung eines Angehörigen.

## 21:00 Uhr – Ukraine meldet kleine Geländegewinne im Donbass

Die Ukraine meldet kleinere Geländegewinne in Teilen des östlichen Donbass. „Insgesamt halten wir unsere Stellungen“, sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj in seiner abendlichen Videoansprache. „Es gibt auch einige Frontabschnitte, an denen wir etwas vorrücken“, sagte er weiter.

## 20:45 Uhr – Menschen in Kiew verbrachten seit Kriegsbeginn

## knapp 700 Stunden in Schutzbunkern

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben in der Hauptstadt Kiew die Alarmsirenen 638 Mal geheult. Insgesamt habe seit Ende Februar damit knapp 694 Stunden lang Alarmzustand geherrscht, teilte Kews Militär-Verwaltungschef Serhij Popko mit. „Das sind praktisch 29 Tage, fast ein ganzer Kalendermonat, den die Bürger der Stadt in Schutzräumen und Bunkern verbracht haben.“

Insgesamt habe die Hauptstadt 52 Luftangriffe erlebt, bei denen 120 Menschen ums Leben kamen, unter ihnen fünf Kinder. 495 Menschen seien bei den Angriffen mit Raketen und Marschflugkörpern verletzt worden. Durch die Angriffe seien über 600 Gebäude beschädigt worden, sagte Popko. Die kritische Infrastruktur der Hauptstadt sei erheblich beschädigt worden.

„2022 war das schlimmste Jahr in der neueren Geschichte Kews“, betonte Popko. Nachdem der Vormarsch der russischen Bodentruppen auf Kiew abgeschlagen worden sei, sei der Feind zu dem „Genozid aus der Luft“ übergegangen.

Erst in der Nacht zu Freitag war nach Darstellung ukrainischer Militärs ein neuer Angriff auf Kiew mit sogenannten Kamikaze-Drohnen abgewehrt worden. Russland greift seit dem Herbst gezielt das Energienetz der Ukraine an, um die Bevölkerung damit unter Druck zu setzen.

## 20:22 Uhr – Selenskyj kündigt weiteren Ausbau der Luftabwehr an

Als Folge immer neuer russischer Raketenangriffe auf ukrainische Städte hat Präsident Wolodymyr Selenskyj einen weiteren Ausbau der Luftabwehr angekündigt. „Im neuen Jahr wird die ukrainische Luftverteidigung noch stärker, noch effektiver“, sagte Selenskyj am Freitagabend in seiner täglichen Videoansprache. Dadurch könne die Luftabwehr der Ukraine die stärkste in ganz Europa werden. „Dies wird eine Sicherheitsgarantie nicht nur für unser Land, sondern für den gesamten Kontinent sein.“

Die Luftabwehr der ukrainischen Streitkräfte hat in den vergangenen Wochen bei

russischen Großangriffen mit Marschflugkörpern, Raketen und sogenannten Kamikaze-Drohnen relativ hohe Abschusszahlen erreicht. Angesichts der Masse der einfliegenden Projektilen konnten nicht alle Raketen abgewehrt werden. Die ukrainische Armee, die bereits eine Reihe ausländischer Flugabwehrsysteme nutzt, wartet auf den Einsatz der angekündigten US-amerikanischen Patriot-Batterie. Gegenwärtig werden ukrainische Soldaten an dem System ausgebildet.

## **18:20 Uhr – Russland will ausländische Investoren benachteiligen**

Ausländische Investoren aus sogenannten „unfreundlichen“ Staaten müssen möglicherweise beim Verkauf russischer Vermögenswerte massive Abschläge in Kauf nehmen. Das Finanzministerium in Moskau veröffentlichte das Protokoll einer Sitzung der zuständigen Regierungskommission vom 22. Dezember, in dem über einen Abschlag von „mindestens 50 Prozent des Marktwertes“ die Rede ist. Diskutiert wurde demnach auch eine Pflicht zu gewissen Zahlungen über einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren oder von zehn Prozent des Wertes der Transaktion an den Staat. Betroffen wären „ausländische Personen, die mit ausländischen Staaten verbunden sind, die unfreundliche Handlungen gegen russische juristische und natürliche Personen begehen“.

Mit „unfreundlich“ werden in Russland Staaten bezeichnet, die nach dem Einrücken in die Ukraine Sanktionen verhängt haben. Dazu zählen etwa die EU-Staaten oder die USA. Es blieb zunächst unklar, wie die Regierung in Moskau die besprochenen Maßnahmen umsetzen würde und ob sie für jeden Verkauf gelten sollen.

## **17:38 Uhr – Russland spricht von 3000 zivilen Opfern bei Kämpfen um Mariupol**

Monate nach der blutigen Eroberung der ukrainischen Hafenstadt Mariupol hat Russland von 3000 getöteten Zivilisten gesprochen und damit erstmals eigene Schätzungen veröffentlicht. Die Schäden, die der Stadt bei der monatelangen Belagerung entstanden sind, bezifferte das russische Ermittlungskomitee in einer Pressemitteilung zugleich auf 176 Milliarden Rubel (2,3 Milliarden Euro). Moskau machte für die Schäden und Verluste Kiew verantwortlich. Internationale Organisationen werfen hingegen Russland zahlreiche

Kriegsverbrechen bei der Annexion Mariupols vor.

## **17 Uhr – Putin bekundet in Gespräch mit Xi Willen zu stärkerer militärischer Zusammenarbeit**

Der russische Präsident Wladimir Putin (</themen/wladimir-putin/>) hat in einem Videotelefonat mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping seinen Willen zu einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit der beiden Länder bekundet. „Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften Russlands und Chinas stärken“, sagte Putin am Freitag zu Xi.

Zugleich lobte er die Bemühungen Moskaus und Pekings, sich Druck aus dem Westen entgegenzustellen. „Vor dem Hintergrund des beispiellosen Drucks und der Provokationen des Westens verteidigen wir unsere Positionen und Prinzipien“, sagte Putin.

Des Weiteren kündigte er an, dass Xi im Frühjahr zu einem Treffen nach Moskau kommen werde. Dieser Besuch werde „der Welt die Nähe der russisch-chinesischen Beziehungen demonstrieren“. Xi sprach deutlich kürzer und sagte, China sei bereit, die strategische Zusammenarbeit mit Russland vor dem Hintergrund einer, „schwierigen“ Situation in der Welt insgesamt zu verstärken. Während Putins einleitende Rede rund acht Minuten dauerte, sprach Xi nicht einmal halb so lange.

Angesichts der internationalen Verurteilung der russischen Offensive in der Ukraine und der westlichen Sanktionen will Putin seine Beziehungen zu Peking verstärken. Im Dezember hielten Russland und China gemeinsame Militärmanöver ab, die der russische Armeechef als Antwort auf das „aggressive“ Auftreten der USA im asiatisch-pazifischen Raum bezeichnete.

## **15:51 Uhr – Kritik an russischem Urteil gegen ukrainische Journalistin**

„Reporter ohne Grenzen“ hat die Haftstrafe gegen eine ukrainische Bürgerjournalistin auf der russisch annektierten Halbinsel Krim verurteilt. Irina Danilowitsch sei am Mittwoch zu sieben Jahren Haft verurteilt worden, teilte die Organisation am Freitag in Berlin mit. Die

von den russischen Besetzungsbehörden eingesetzten Richter hätten sie ohne reale Beweise des Erwerbs und Besitzes von Sprengstoff für schuldig befunden.

„Mit diesem drakonischen Urteil soll eine mutige Journalistin zum Schweigen gebracht werden“, sagte der Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen“, Christian Mihr. „Und die letzten unabhängigen Medienschaffenden auf der Krim sollen eingeschüchtert werden“. Die Anschuldigungen entbehrten jeglicher Grundlage.

Nach Angaben der Journalistenorganisation berichtete die hauptberuflich als Krankenschwester arbeitende Bürgerjournalistin über Missstände im Gesundheitssektor der Krim. Sie habe beispielsweise thematisiert, dass vom Kreml zugesagte Prämien im Kampf gegen Corona auf der Halbinsel nicht ausgezahlt worden seien.

## **15:45 Uhr – Dax am letzten Handelstag schwach – zwölf Prozent Jahresminus**

Der Dax hat am letzten Handelstag des Jahres unter der runden Marke von 14 000 Punkten geschlossen. Das deutsche Börsenbarometer ging am Freitag mit einem Abschlag von 1,05 Prozent auf 13 923,59 Zählern aus dem Jahr. Damit orientierte sich der Dax wie so oft an der Wall Street, wo sich erneut Verluste andeuteten. Auf das Jahr gerechnet büßte das deutsche Börsenbarometer 12,3 Prozent ein und verbuchte so das schlechteste Börsenjahr seit vier Jahren. 2021 hatte der Dax noch einen Gewinn von knapp 16 Prozent eingefahren.

Der MDax beendete den Handelstag am Freitag 1,26 Prozent tiefer mit 25 117,57 Punkten, was für den Index der mittelgroßen Werte im Gesamtjahr ein Minus von 28,5 Prozent bedeutet.

Auslöser für die deutliche Schwäche im Jahr 2022 war der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Die Energiepreise stiegen rasant und leisteten einer ohnehin hohen Inflation weiteren Vorschub, die das Eingreifen der Notenbanken nötig machten. In der Folge stiegen die Zinsen rasch und deutlich.

## **14:36 Uhr – Belarussischer Sicherheitsexperte vermutet Absicht bei S-330-Zwischenfall**

Der Sekretär des belarussischen Sicherheitsrats sieht in dem Eindringen einer ukrainischen S-300-Luftabwehrrakete in den Luftraum von Belarus keinen Unfall. Das sagt er nach einem Bericht der staatlichen russischen Nachrichtenagentur RIA dem Sender Sputnik Belarus. Demnach soll es aus Sicht des belarussischen Sicherheitsexperten sehr wahrscheinlich sein, dass hinter dem Vorfall irgendeine Art von Absicht stecke. Am Donnerstag hat die belarussische Armee nach Angaben des Verteidigungsministeriums eine ukrainische S-300-Rakete abgeschossen, die rund 15 Kilometer weit in belarussisches Territorium geflogen war.

## **13:50 Uhr – Ballett-Aufführung wegen dreier Putin-Tattoos abgesetzt**

Das Mailänder Arcimboldi-Theater setzt eine Ballett-Aufführung mit dem russischen Tänzer Sergej Polunin wegen dessen Tattoos ab. Er hat sich drei mal das Konterfei des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf Brust und Schultern stechen lassen. Nach einer Kampagne gegen den Auftritt Polunins im Stück „Rasputin – Ein Tanz-Drama“ in sozialen Medien sei der Verzicht angesichts von Anspannungen und Drohungen eine Frage der „politischen und moralischen Verantwortung“ gewesen, teilt die Bühne mit.

## **12:54 Uhr – China will neutrale Haltung zu Krieg in der Ukraine beibehalten**

China wird nach Aussagen von Präsident Xi Jinping seine „objektive und faire“ Haltung zum Krieg in der Ukraine beibehalten. Der Weg zu Friedensgesprächen werde holprig, sagt Xi in einer Videokonferenz zu Russlands Präsident Wladimir Putin wie der staatlichen Sender CCTV berichtet. Peking und Moskau sollten sich bei internationalen Fragen eng abstimmen und kooperieren.

## **12:27 – ESC-Chef: Ausschluss Russlands ist hart, aber richtig**

Der Chef des Eurovision Song Contest (ESC) hat den andauernden Ausschluss Russlands aus dem Wettbewerb verteidigt. Der Schritt sei hart gewesen und sei es immer noch, sagte Martin Österdahl im Gespräch mit Abba-Sänger Björn Ulvaeus im Sender BBC Radio 4. Allerdings sei die Maßnahme gerechtfertigt. „Auch wenn wir uns nicht als politisch

verstehen, sollten wir immer für die grundlegenden und ultimativen Werte der Demokratie eintreten“, sagte Österdahl. „Dies wird ein Eurovision Song Contest, der die Werte, über die wir reden, aufrechterhält: Solidarität, Zuwendung, Vereinigung durch Musik.“

Russland war wegen des Angriffskriegs gegen die Ukraine bereits vom ESC 2022 ausgeschlossen worden. Den Wettbewerb gewann die ukrainische Gruppe Kalush Orchestra mit dem Lied „Stefania“. Damit haben die Ukrainer eigentlich das Recht auf die Austragung im Folgejahr. Da die Veranstaltung aber aus Sicherheitsgründen nicht in der Ukraine über die Bühne gehen kann, springt Großbritannien als Zweitplatzierter von 2022 mit dem Austragungsort Liverpool als Gastgeber ein.

## **11:36 Uhr – Vitali Klitschko: Westliche Politiker haben Putins Expansionsstrebens unterschätzt**

Der Westen hat nach Ansicht von Vitali Klitschko das Expansionsstreben des russischen Präsidenten Wladimir Putin unterschätzt. „Der größte Fehler westlicher Politiker war es zu denken, Putin würde sich mit der Annexion der Krim sowie Donezk und Luhansk zufriedengeben“, sagte der Bürgermeister von Kiew dem „Spiegel“ in einem am Freitag veröffentlichten Interview.

Putin gehe „so weit, wie wir es ihm erlauben“, sagte Klitschko. „Er verkauft sich als Sammler ehemaliger russischer Territorien und wird die Ukraine nie akzeptieren, weil sie einmal Teil Russlands war.“ Putin spreche auch über Polen und die baltischen Länder.

„Ihr Deutschen dürft nicht vergessen, ein Teil Deutschlands gehörte ebenfalls zum sowjetischen Imperium“, sagte der frühere Boxweltmeister. „Putin hat jahrelang als KGB-Agent in der DDR gearbeitet. Er könnte auch nach Deutschland einmarschieren. Das ist schwer vorstellbar? Vor einem Jahr war der Krieg in der Ukraine auch schwer vorstellbar.“

Als die russischen Soldaten an der Grenze aufmarschiert waren, habe es natürlich Warnungen vor einem Krieg gegeben. „Aber die Zentralregierung hatte gesagt, alles werde in Ordnung sein, es gebe keinen Krieg“, sagte Klitschko.

„Ich wurde kritisiert, ich solle keine Panik schüren. Ich habe gesagt: Das ist keine Panik, wir

müssen bereit sein. Doch keiner konnte sich vorstellen, dass die Russen nach Kiew marschieren.“ Niemand habe es genau einschätzen können, „aber die Wahrscheinlichkeit war ziemlich groß“, sagte der ehemalige Profiboxer dem „Spiegel“.

## **11:05 Uhr – Belarus spricht nach Raketenfund von möglicher Provokation Kiews**

Das Verteidigungsministerium in Minsk hat nach dem Fund einer Flugabwehrakete auf belarussischem Staatsgebiet von einer möglichen Provokation Kiews gesprochen.

„Entweder wurde die ungelenkte Flugabwehrakete wegen der schlechten Ausbildung der Mannschaft unabsichtlich abgefeuert, oder die Rakete war defekt, oder aber es handelt sich um absichtliche Provokation der ukrainischen Streitkräfte“, sagte der Chef der belarussischen Flugabwehr, Kirill Kasanzew, in einer am Freitag im Nachrichtenkanal Telegram verbreiteten Stellungnahme des Ministeriums.

Staatsmedien in der belarussischen Hauptstadt Minsk hatten berichtet, dass eine vom Flugabwehrsystem S-300 abgeschossene Rakete am Donnerstagvormittag auf belarussisches Staatsgebiet gefallen sei. Kasanzews Angaben nach wurde sie über dem Landkreis Iwanawa im westbelarussischen Gebiet Brest abgefangen. Wegen des Vorfalls wurde in Minsk bereits der ukrainische Botschafter einberufen. Kiew seinerseits hat die Bereitschaft erklärt, an der Aufklärung des Vorfalls mitzuarbeiten.

Am Donnerstag hat die Ukraine einen massiven russischen Raketenangriff abgewehrt. Ein Teil der russischen Raketen traf dabei auch Objekte im westukrainischen Gebiet Lwiw. „Daher ist auch eine Provokation von Seiten des Terroristen-Staats Russland nicht auszuschließen, der eine Flugroute seiner Marschflugkörper so ausgewählt hat, um ihren Abschuss im Luftraum über Belarus zu provozieren“, hieß es in einer Erklärung des ukrainischen Verteidigungsministeriums. Das wäre ein ähnlicher Vorfall wie im November, als polnisches Gebiet getroffen wurde.

## **10:31 Uhr – Polens Grenzschatz zählt mehr Einreisen in die Ukraine als Ausreisen**

Kurz vor dem Jahreswechsel liegt die Zahl der Einreisen in die Ukraine nach Angaben des

polnischen Grenzschutzes höher als die der Ausreisen. Am Donnerstag seien rund 31 000 Menschen von Polen aus in das vom russischen Angriffskrieg verwüstete Land eingereist, teilte die Behörde am Freitag auf Twitter mit. Im gleichen Zeitraum wurden demnach 27 200 Ausreisen gezählt. „Vor der Jahreswende und den orthodoxen Feiertagen kehren viele in die Ukraine zurück“, sagte eine Sprecherin des Grenzschutzes der Deutschen Presse-Agentur. Das orthodoxe Weihnachtsfest wird am 7. Januar gefeiert.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar gegen die Ukraine hat der polnische Grenzschutz knapp 8,8 Millionen Ausreisen aus dem östlichen Nachbarland gezählt, die Zahl der Einreisen lag bei knapp sieben Millionen. Diese Angaben beziehen sich auf den Grenzverkehr, sie lassen keine direkten Schlüsse auf die Zahl der Kriegsflüchtlinge zu.

Nach Angaben der Regierung in Warschau von November leben rund 1,3 Millionen Ukraine-Flüchtlinge im Land. Polen und die Ukraine verbindet eine mehr als 500 Kilometer lange Grenze. Infolge der forgesetzten russischen Angriffe gegen die Ukraine müssen die Menschen dort vielerorts bei Minusgraden ohne Strom, Heizung, sowie ohne Wasser- und Abwasserversorgung ausharren.

## **10:06 Uhr – London: Russischer Verband in Ostukraine erhält wohl neuen Kommandeur**

in russischer Truppenverband in einem umkämpften Gebiet in der Ostukraine bekommt nach britischen Angaben vermutlich erneut eine neue Führung. Generalleutnant Jewgenij Nikiforow sei wahrscheinlich dabei, das Kommando über Russlands Westliche Streitkräftegruppe (WGF) zu übernehmen, schrieb das britische Verteidigungsministerium am Freitag in seinem regelmäßigen Geheimdienst-Update. Er wäre demnach der mindestens vierte Kommandeur an der Spitze des Verbands seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar.

Die WGF hat nach britischer Einschätzung mit ziemlicher Sicherheit die Aufgabe inne, Russlands rechte Flanke in dem Gebiet rund um die Städte Kreminna und Swatowe zu halten. Das ukrainische Militär hatte am Donnerstag ein Vorankommen bei Kreminna gemeldet. Zuvor hatte eine amerikanische Denkfabrik mitgeteilt, die russische Armee sammle im Gebiet Luhansk Truppen und rüste sich für eine Entscheidungsschlacht.

Kreminna gilt als mögliches Einfallstor, um im Osten der Ukraine weiter vordringen zu können. Das russische Militär hatte die Kleinstadt Mitte April nach schweren Kämpfen besetzt und von dort auch den weiteren Vormarsch auf den Ballungsraum zwischen Sjewjerodonezk und Lyssytschansk vorbereitet. Im Gegenzug könnte Kreminna nun den Ukrainern nach der Einnahme als Aufmarschgebiet für die Rückeroberung der beiden Großstädte dienen.

## **08:56 Uhr – Die aktuelle Situation in der Ukraine**

### **08:04 Uhr – Ukraine wehrt nächtliche Welle von Drohnenangriffen ab**

Die ukrainische Flugabwehr hat nach Behördenangaben in der Nacht Drohnenangriffe in Kiew und Umgebung sowie im Osten des Landes abgewehrt. „Russland hat wieder auf unsere Infrastrukturobjekte gezielt“, teilte der Militärgouverneur des Kiewer Umlands, Olexij Kuleba, in seinem Telegram-Kanal mit. Seinen Angaben zufolge schoss die Flugabwehr die Drohnen ab. Schäden habe es nicht gegeben.

Auch die Stadtverwaltung in Kiew berichtete über den weitgehend glimpflichen Verlauf der nächtlichen Attacke. Fünf Drohnen wurden demnach über der Hauptstadt abgeschossen. Dabei seien ein Verwaltungsgebäude teilweise zerstört und die Fenster eines Wohnhauses beschädigt worden. Über Tote und Verletzte gab es keine Berichte.

### **07:20 Uhr – Nato-Generalsekretär: „Militärische Unterstützung für die Ukraine ist der schnellste Weg zum Frieden“**

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg (</themen/jens-stoltenberg/>) hat Deutschland und die anderen Bündnisstaaten zu weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine aufgerufen. „Es mag paradox klingen, aber militärische Unterstützung für die Ukraine ist der schnellste Weg zum Frieden“, sagte der Norweger der Deutschen Presse-Agentur zum Jahreswechsel. Hintergrund sei, dass Russlands Präsident Wladimir Putin davon überzeugt werden müsse, dass er sein Ziel, die Kontrolle über die Ukraine zu übernehmen, nicht erreichen werde. Dann könne es eine friedliche Verhandlungslösung geben, die ein Überleben der Ukraine als unabhängiger demokratischer Staat gewährleiste.

Stoltenberg machte dabei auch deutlich, dass er die jüngsten ukrainischen Angriffe auf militärische Ziele in Russland für vollkommen legitim hält. „Jedes Land hat das Recht, sich zu verteidigen. Auch die Ukraine“, sagte er. Bei den ukrainischen Angriffen müsse auch der Kontext gesehen werden. Dies seien massive russische Angriffe auf zivile Infrastruktur, die darauf abzielen, ukrainischen Zivilisten im Winter Wasser, Heizung und Strom zu nehmen.

Zur Frage, ob es aus seiner Sicht auch in Ordnung wäre, der Ukraine Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen, sagte Stoltenberg, zu spezifischen Systemen gebe es einen ständigen Dialog zwischen Verbündeten und mit der Ukraine. Zudem verwies er darauf, dass Nato-Verbündete der Ukraine bereits in der Vergangenheit Waffensysteme mit großer Reichweite geliefert hätten. Darunter seien Himars-Raketenwerfer, Artillerie mit großer Reichweite und Drohnen.

## **02:46 Uhr – Biden setzt neuen Haushalt mit Milliardenhilfen für die Ukraine in Kraft**

US-Präsident Joe Biden (</themen/joe-biden/>) hat den neuen Jahreshaushalt unterzeichnet und damit weitere Milliardenhilfen für die Ukraine auf den Weg gebracht. Biden setzte mit seiner Unterschrift den Etat mit einem Gesamtumfang von 1,7 Billionen Dollar in Kraft.

Der US-Präsident, der derzeit auf Saint Croix auf den Amerikanischen Jungferninseln Urlaub macht, twitterte ein Foto, das ihn bei der Unterzeichnung des Gesetzes zeigt. Der Kongress hatte den neuen Haushalt in der vergangenen Woche verabschiedet. Damit wurde eine als Shutdown bekannte Haushaltssperre verhindert. Rund die Hälfte des neuen Haushalts – 858 Milliarden Dollar – sind für die Verteidigung vorgesehen.

Zur wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung der Ukraine stehen rund 45 Milliarden Dollar (rund 42 Milliarden Euro) bereit. Der Kongress hatte bereits im Mai ein 40 Milliarden Dollar schweres Hilfspaket für das von Russland angegriffene Land verabschiedet.

## **01:49 Uhr – Großbritannien schickt Metalldetektoren und Entschärfungsgeräte in die Ukraine**

Großbritannien stellt der Ukraine mehr als 1000 Metalldetektoren und 100 Sets zur Entschärfung von Bomben zur Verfügung. „Russlands Einsatz von Landminen und der Angriff auf die zivile Infrastruktur unterstreichen die schockierende Grausamkeit von Putins Invasion“, sagt der britische Verteidigungsminister Ben Wallace in einer Erklärung. Die von der deutschen Firma Vallon hergestellten Metalldetektoren und Sets helfen der Ukraine, „Land und Gebäude sicher zu räumen, während sie ihr rechtmäßiges Territorium zurückerobern“, so das Verteidigungsministerium.

## **00:38 Uhr – Selenskyj: Landesweite Stromausfälle nach russischen Raketenangriffen**

Die massiven russischen Raketenangriffe auf die Energieinfrastruktur der Ukraine haben nach Angaben Kiews zu Stromausfällen in weiten Teilen des Landes geführt. „Heute Abend kommt es in den meisten Regionen der Ukraine zu Stromausfällen“, sagte Wolodymyr Selenskyj in einer Videoansprache. „Besonders schwierig“ sei die Lage unter anderem in der Region Kiew und in der Hauptstadt selbst, in der westlichen Region Lwiw sowie in den Regionen Odessa und Cherson im Süden des Landes.

Mit jedem dieser Raketenangriffe treibe sich Russland „nur noch tiefer in eine Sackgasse“, sagte Selenskyj. „Sie haben immer weniger Raketen.“ Nach Angaben von Innenminister Denys Monastyrsky wurden bei den Raketenangriffen am Donnerstag drei Menschen getötet. Sechs weitere Menschen, unter ihnen ein Kind, seien verletzt worden.

## **00:00 Uhr – 15.000 Vermisste in Ukraine seit Kriegsbeginn**

Nach Angaben der ukrainischen Präsidentenberaterin Alona Verbytska werden seit Kriegsbeginn in der Ukraine Tausende Soldaten und Zivilisten vermisst. „Russland hat aktuell 3392 ukrainische Kriegsgefangene bestätigt, aber in der Ukraine gelten derzeit 15.000 Menschen als vermisst, darunter viele Zivilisten“, sagte Verbytska dem „RedaktionsNetzwerk Deutschland“ (RND) laut Vorabbericht.

Das Schicksal dieser Menschen sei völlig ungewiss, sagt Verbytska, die sich als Ombudsfrau für die Rechte ukrainischer Soldaten und Soldatinnen engagiert. „Wir wissen nicht, was mit ihnen geschehen ist. Befinden sie sich auch in russischer Kriegsgefangenschaft, sind sie aus

russisch besetzten Gebieten verschleppt oder womöglich längst umgebracht worden?

Diese Ungewissheit ist besonders für die Angehörigen, um die ich mich mit meiner Arbeit kümmere, ganz schrecklich“, erklärt Verbytska, die in ihrer Funktion auch Beraterin von Präsident Wolodymyr Selenskyj ist und bei der Suche nach Vermissten hilft.

## **23:30 Uhr – Kiew will sich an Untersuchungen zu Rakete in Belarus beteiligen**

Nach dem Fund einer Rakete auf dem Staatsgebiet von Belarus hat das ukrainische Verteidigungsministerium seine Mitarbeit an den Untersuchungen des Vorfalls angeboten. In einer am Donnerstagabend veröffentlichten Erklärung des Ministeriums in Kiew heißt es, dass die Behörde zu einer „objektiven Untersuchung des Vorfalls“ bereit sei. Staatsmedien in der belarussischen Hauptstadt Minsk hatten berichtet, dass eine vom Flugabwehrsystem S-300 abgeschossene Rakete am Donnerstagvormittag auf belarussisches Staatsgebiet gefallen sei.

Das Verteidigungsministerium in Kiew wies darauf hin, dass die Ukraine am Donnerstag von einer Welle russischer Marschflugkörper angegriffen worden sei. „Daher ist auch eine Provokation von Seiten des Terroristen-Staats Russland nicht auszuschließen, der eine Flugroute seiner Marschflugkörper so ausgewählt hat, um ihren Abschuss im Luftraum über Belarus zu provozieren“, hieß es. Das wäre ein ähnlicher Vorfall wie im November, als polnisches Gebiet getroffen wurde.

Der belarussische Langzeit-Machthaber Alexander Lukaschenko ([/themen/alexander-lukaschenko/](#)) war über den Vorfall informiert worden. Kurz darauf wurde der ukrainische Botschafter in Minsk ins Außenministerium zitiert, wo ihm eine Protestnote wegen des Zwischenfalls überreicht wurde,

Belarus ist nicht direkt an Kampfhandlungen in der Ukraine beteiligt. Allerdings hat Lukaschenko russischen Truppen die Militärbasen in dem Land für Angriffe auf die Ukraine überlassen.

**„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema**

*analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify* (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), *Apple Podcasts* (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), *Amazon Music* ([https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm\\_sh\\_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v](https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v)) oder direkt per RSS-Feed.

Reuters/dpa/AFP/mhe/cvb/mmi/saw/shem

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/242944847>